

Testamentsauslegung

Strategien bei unklaren letztwilligen Verfügungen

von
Dr. Claus-Henrik Horn, Dr. Ludwig Kroiß

1. Auflage

Testamentsauslegung – Horn / Kroiß

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Gesamtdarstellungen



Verlag C.H. Beck München 2012

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 62960 0

beck-shop.de

Horn/Kroiß
Testamentsauslegung

beck-shop.de

beck-shop.de

Testamentsauslegung

– Strategien bei unklaren letztwilligen Verfügungen –

von

Dr. Claus-Henrik Horn

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Erbrecht in Düsseldorf

und

Dr. Ludwig Kroiß

Direktor des Amtsgerichts Traunstein



beck-shop.de

Zitievorschlag: Horn/Kroiß/Bearbeiter § ... Rn.

www.beck.de

ISBN 978 3 406 62960 0

© 2012 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Fgb. Freiburger graphische betriebe
Bebelstraße 11, 79108 Freiburg i. Br.

Satz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

Vorwort

„Fantasie“ fordert zu Recht Prof. Dr. Knut Werner Lange bei der Auslegung (Erbrecht, 2011, § 35 Rn. 12). Basis für die zutreffende Auslegung von unklaren letztwilligen Verfügungen ist zudem neben dem Wissen der gesetzlichen Grundlagen der Rechtsinstitute vor allem die Kenntnis, welche Kriterien die Rechtsprechung und die Fachliteratur für die „richtige“ erbrechtliche Bewertung von interpretationsbedürftigen Testamenten und Erbverträgen entwickelt haben.

Der Schwerpunkt dieses Handbuchs besteht in der Darstellung einer Vielzahl von praxisrelevanten Abgrenzungsfällen und jeweils dazu der Zusammenstellung der maßgeblichen Kriterien für die Auslegung (Teil 1 und Teil 2). Die allgemeinen Grundlagen hierzu finden sich in den Kapiteln §§ 1, 2 und 15. In Teil 3 schließt sich das Thema Anfechtung, die nachrangig zur Auslegung ist, an und erläutert die materiellen und (strenge) formellen Voraussetzungen. Nach diesen „materiellen“ Teilen werden verfahrensrechtliche Fragen und Strategien erläutert. Im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung befasst sich Teil 5 mit dem Internationalen Erbrecht.

Mit diesen Themen sind wir täglich beschäftigt, als Fachanwalt für Erbrecht bzw. als Nachlassrichter, so dass unsere Erfahrungen und Praxistipps in dieses Handbuch eingeflossen sind.

Wir danken dem Verlag C. H. Beck, vor allem Lektor Dr. Thomas Schäfer, für die engagierte Begleitung. Für die Unterstützung bei Vor- und Nacharbeiten möchte der Verfasser der §§ 1–23 Rechtsanwalt Knuth Horn und Referendar Marco Pietsch seinen Dank aussprechen.

Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur haben wir bis Januar 2012 berücksichtigt. Für Anregungen und Verbesserungsvorschläge bitten wir um eine Nachricht unter autoren@testamentsauslegung.info.

Düsseldorf und Traunstein, im Februar 2012

Dr. Claus-Henrik Horn
Dr. Ludwig Kroiß

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXV

Teil 1. Auslegung letztwilliger Verfügungen

§ 1 Einführung und strategische Vorgehensweise	1
§ 2 Individuelle Auslegung	8
§ 3 Gesetzliche Ergänzungs- und Auslegungsregeln	48
§ 4 Abgrenzung Testament zu bloßem Entwurf	120
§ 5 Abgrenzung Erbe zu Vermächtnis und zu Auflage	126
§ 6 Abgrenzung Teilungsanordnung zu Vorausvermächtnis	142
§ 7 Abgrenzungsfälle bei einem im Nachlass nicht (mehr) vorhandenen Vermächtnisgegenstand	149
§ 8 Abgrenzungsfälle bei der Vor- und Nacherbfolge und bei Nießbrauch	158
§ 9 Abgrenzungsfälle bei der Erbeinsetzung von Abkömlingen	170
§ 10 Abgrenzungsfälle bei unterlassener, aber erforderlicher Ersatzerbeinsetzung ...	178
§ 11 Abgrenzungsfälle zur Anordnung der Testamentsvollstreckung	186
§ 12 Abgrenzung Potestativbedingung von unzulässiger Drittbestimmung.....	194
§ 13 Wirkung von Verwirkungsklauseln	202
§ 14 Umdeutung	209

Teil 2. Auslegung von Ehegattentestamenten und Erbverträgen

§ 15 Besonderheiten bei der Auslegung von Erbverträgen und Ehegattentestamenten	221
§ 16 Abgrenzung zwischen Einzel- und Ehegattentestament	224
§ 17 Abgrenzungsfälle zur Feststellung der Wechselbezüglichkeit und zu Änderungsklauseln	230
§ 18 Abgrenzungsfälle zur Feststellung der Vertragsmäßigkeit erbvertraglicher Verfügungen und zu Änderungsklauseln	250
§ 19 Rechtsfolgen einer Scheidung auf Ehegattentestamente (Aufrechterhaltungswille)	260
§ 20 Abgrenzungsfälle beim Berliner Testament (Einheits- gegen Trennungslösung)	267
§ 21 Abgrenzungsfälle zur Pflichtteilsstrafklausel sowie sich einer daraus ergebenden Schlusserbschaft	272
§ 22 Abgrenzungsfälle bei Wiederverheiratungsklauseln	287
§ 23 Abgrenzungsfälle bei Klauseln zum gleichzeitigen Versterben	296

Teil 3. Die Anfechtung letztwilliger Verfügungen

§ 24 Optionen bei Irrtümern für die anwaltliche Beratungssituation	303
§ 25 Anfechtung wegen Inhalts- und Erklärungssirrums	304
§ 26 Anfechtung wegen Motivirrums	306
§ 27 Anfechtung wegen Drohung	310
§ 28 Anfechtung wegen Übergehung Pflichtteilsberechtigter	311
§ 29 Weitere Voraussetzungen und das Verfahren der Anfechtung	314
§ 30 Wirkung der erfolgreichen Anfechtung bei Einzeltestamenten	327

Inhaltsübersicht

	Seite
§ 31 Besonderheiten bei der Anfechtung von Ehegattentestamenten und Erbverträgen	328
§ 32 Die Erbunwürdigkeitsklage	332
§ 33 Anfechtung der Annahme bzw. Ausschlagung der Erbschaft	337
 Teil 4. Internationales Erbrecht	
§ 34 Die Ermittlung des anwendbaren Erbrechts	341
§ 35 Die Internationale Zuständigkeit	358
 Teil 5. Außergerichtliche und gerichtliche Verfahrensfragen	
§ 36 Strategische Vorüberlegungen aufgrund der Mandatssituation	361
§ 37 Außergerichtlicher Vergleich einschließlich Auswirkungen auf das gerichtliche Verfahren	361
§ 38 Gerichtliche Entscheidung im Erbscheinsverfahren	362
§ 39 Gerichtliche Entscheidung im Zivilprozess	378
Sachverzeichnis	385

Inhaltsverzeichnis

Teil 1. Auslegung letztwilliger Verfügungen

	Seite
§ 1 Einführung und strategische Vorgehensweise	1
I. Historische und gesetzliche Grundlagen	1
II. Interpretationsbedürftigkeit unklarer letztwilliger Verfügungen	2
III. Gegenstand und Ziel der Auslegung	3
IV. Grundsatz: Auslegung vor Anfechtung	4
V. Systematische Vorgehensweise	4
VI. Verfahrensrechtliche Optionen	5
1. Außergerichtlicher Auslegungsvertrag	5
a) Zivilrechtliche Aspekte	5
b) Erbschaftsteuerliche Aspekte	6
2. Erbscheinsverfahren	7
3. Zivilprozess	7
§ 2 Individuelle Auslegung	8
I. Überblick	9
II. Grundlagen der Auslegung	9
1. Für Willenserklärungen unter Lebenden (Vertragsauslegung)	9
2. Einseitige letztwillige Verfügungen (Einzeltestamente)	10
3. Letztwillige Verfügungen in Ehegattentestamenten und Erbverträgen	10
a) Grundsätzliches	10
b) Besonderheiten bei Ehegattentestamenten	11
c) Besonderheiten beim Erbvertrag	11
4. Beweislast	12
5. Keine Fristen	12
III. Einfache bzw. erläuternde Auslegung	13
1. Feststellung der Auslegungsbedürftigkeit	13
2. Grundsatz	13
3. Wortlaut und Wortsinn der letztwilligen Verfügung	14
4. Maßgeblicher Zeitpunkt	15
5. Auslegung vom Standpunkt und Verständnis des Testierenden	16
6. Bedeutung juristischer Fachbegriffe	18
7. Besonderheiten bei von Notaren beurkundeten Testamenten und Erbverträgen	19
8. Unschädlichkeit einer Falschbezeichnung	21
a) Fallgruppen	21
b) Bewusste Falschbezeichnung	22
c) Unbewusste Falschbezeichnung	22
9. Umstände außerhalb des Testamentes	23
10. Andeutungstheorie als Grenze der Erforschung des letzten Willens des Erblassers	26
11. Grundrechts- und menschenrechtskonforme Auslegung	28
IV. Sinn aufgrund des mutmaßlichen Willens	28
V. Ergänzende Auslegung	29
1. Anwendungsbereich	30
2. Grundlagen	30
a) Methode der ergänzenden Testamentsauslegung im Überblick	30
b) Abgrenzung zur einfachen Auslegung	31

Inhaltsverzeichnis

	Seite
c) Abgrenzung zur Irrtumsanfechtung	31
d) Zulässigkeit und Rechtsgrundlage	32
3. Arten von Lücken in Testamenten bzw. Erbverträgen	32
a) Lücke nach Testamentserrichtung	32
b) Lücke bereits vor Testamentserrichtung	33
c) Lücke nach dem Erbfall	34
4. Feststellung einer ungewollten Lücke aufgrund der Willensrichtung ..	34
5. Kausalität: Ungewollte Lücke	35
6. Schließen der Lücke durch hypothetischen Erblasserwillen	36
7. Andeutung der Willensrichtung im Testament	39
8. Einzelfälle	40
VI. Wohlwollende Auslegung	42
1. Allgemeiner Grundsatz der Testamentsauslegung	42
2. Unmittelbarer Anwendungsbereich	42
a) Grundsätzliches	42
b) Formgültige letztwillige Verfügung	42
c) Auslegungsfähiger und mehrdeutiger Weg	43
d) Eindeutigkeit des Ziels als Definition des „Erfolges“	43
e) Abgrenzung zu § 140 BGB	44
f) Vermeidung der Unwirksamkeit	44
3. Analoge Anwendung im Zusammenhang mit lebzeitigen Verfügungen	46
VII. Tatsächliche Vermutungen	47
§ 3 Gesetzliche Ergänzungs- und Auslegungsregeln	48
I. Anwendbarkeit nach erfolgloser individueller Auslegung	51
II. Gesetzliche Ergänzungs- und Auslegungsregeln zu der Person des	
Testamentserben	51
1. Erbeinsetzung der gesetzlichen Erben – § 2066 BGB	51
a) Normzweck	51
b) Tatbestand des § 2066 S. 1 BGB	52
c) Tatbestand des § 2066 S. 2 BGB	52
d) Rechtsfolge	52
2. Erbeinsetzung der Verwandten – § 2067 BGB	53
a) Normzweck	53
b) Tatbestand	53
c) Rechtsfolge	53
3. Erbeinsetzung der Kinder – § 2068 BGB	54
a) Normzweck	54
b) Tatbestand	54
c) Rechtsfolge	55
4. Wegfall eines Abkömmlings – §§ 2069, 2070 BGB	56
a) Normzweck	56
b) Tatbestand	56
c) Rechtsfolge	59
5. Erbeinsetzung einer Personengruppe – § 2071 BGB	59
a) Normzweck	60
b) Tatbestand	60
c) Rechtsfolge	60
6. Erbeinsetzung der Armen – § 2072 BGB	60
a) Normzweck	61
b) Tatbestand	61
c) Rechtsfolge	61
7. Mehrdeutige Bezeichnung eines Bedachten – § 2073 BGB	62
a) Normzweck	62

Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Tatbestand	62
c) Rechtsfolge	62
III. Gesetzliche Auslegungsregeln zur bedingten Erbeinsetzung	63
1. Zulässigkeit von Bedingungen und Befristungen bei letztwilligen Verfügungen	63
2. §§ 158, 163 BGB als Grundlage	63
a) Normzweck	63
b) Tatbestand	64
c) Rechtsfolge bei Bedingungseintritt	65
d) Rechtsfolge bei Unmöglichkeit oder Ausfall der Bedingung	66
e) Rechtsfolge bei Unwirksamkeit der Bedingung	66
3. Aufschiebende Bedingung – § 2074 BGB	67
4. Auflösende Bedingung – § 2075 BGB	68
a) Normzweck	68
b) Tatbestand	68
c) Rechtsfolge	69
5. Bedingung zum Vorteil eines Dritten – § 2076 BGB	69
a) Normzweck	69
b) Tatbestand	69
c) Rechtsfolge	70
IV. Folgen einer Scheidung – § 2077 BGB	70
a) Normzweck	70
b) Tatbestand	71
c) Rechtsfolge	72
V. Aufrechterhaltung bei Teilunwirksamkeit bzw. unterbliebener Ergänzung – §§ 2085, 2086 BGB	72
1. Bei Teilunwirksamkeit – § 2085 BGB	72
a) Normzweck	72
b) Tatbestand	73
c) Rechtsfolge	74
2. Bei unterbliebener Ergänzung – § 2086 BGB	74
VI. Gesetzliche Auslegungsregeln zur Abgrenzung von Erbe und Vermächtnis – § 2087 BGB	75
a) Normzweck	75
b) Tatbestand und Rechtsfolge	75
VII. Gesetzliche Ergänzungsregeln zu den Erbquoten	76
1. Anwendung der §§ 2088 bis 2093 BGB auch auf Vermächtnisse	76
2. Einsetzung auf Bruchteile – § 2088 BGB	76
3. Erhöhung der Bruchteile – § 2089 BGB	77
4. Minderung der Bruchteile – § 2090 BGB	77
5. Unbestimmte Bruchteile – § 2091 BGB	78
6. Teilweise Einsetzung auf Bruchteile – § 2092 BGB	78
7. Gemeinschaftlicher Erbteil – § 2093 BGB	79
8. Anwachlung – § 2094 BGB	80
a) Normzweck	80
b) Tatbestand	80
c) Rechtsfolge	81
9. Angewachsener Erbteil – § 2095 BGB	82
VIII. Gesetzliche Auslegungsregeln zur Ersatzerbfolge	82
1. Ersatzerbe – § 2097 BGB	82
2. Anteile bei Ersatzerbschaft von Miterben – § 2098 BGB	83
3. Verhältnis Nacherbe zu Ersatzerbe – § 2102 BGB	84
a) Normzweck	84

Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Tatbestand	84
c) Rechtsfolge	85
IX. Gesetzliche Auslegungsregeln zur Vor- und Nacherbschaft	85
1. Noch nicht gezeugter Nacherbe – § 2101 BGB	85
2. Nacherbe und Ersatzerbe – § 2102 BGB	86
3. Anordnung der Herausgabe der Erbschaft – 2103 BGB	86
4. Gesetzliche Erben als Nacherben – § 2104 BGB	87
a) Normzweck	87
b) Tatbestand	87
c) Rechtsfolge	88
5. Gesetzliche Erben als Vorerben – § 2105 BGB	88
a) Normzweck	88
b) Tatbestand	88
c) Rechtsfolge	88
6. Eintritt der Nacherbfolge – § 2106 BGB	89
a) Normzweck	89
b) Tatbestand	89
c) Rechtsfolge	89
7. Kinderloser Vorerbe – § 2107 BGB	89
a) Normzweck	90
b) Tatbestand	90
c) Rechtsfolge	90
8. Erbfähigkeit; Vererblichkeit des Nacherbrechts – § 2108 BGB	91
a) § 2108 Abs. 1 BGB	91
b) § 2108 Abs. 2 S. 1 BGB	91
c) § 2108 Abs. 2 S. 2 BGB	92
9. Umfang des Nacherbrechts – § 2110 BGB	92
a) Normzweck	92
b) Tatbestand und Rechtsfolge	92
10. Auslegungsregel für die Befreiung – § 2137 BGB	92
a) Normzweck	93
b) Tatbestand und Rechtsfolge	93
11. Ausschlagung der Nacherbschaft – § 2142 Abs. 2 BGB	93
X. Gesetzliche Auslegungsregeln im Zusammenhang mit einem Vermächtnis	94
1. Beschwerter – § 2147 BGB	94
2. Mehrere Beschwerde – § 2148 BGB	95
a) Normzweck und Tatbestand	95
b) Rechtsfolge	96
3. Bestimmungsrecht des Beschwerteren oder eines Dritten bei mehreren Bedachten – § 2151 BGB	96
a) Normzweck	96
b) Tatbestand und Rechtsfolge	96
4. Wahlweise Bedachte – § 2152 BGB	97
5. Wegfall des Beschwerteren – § 2161 BGB	98
6. Erstreckung auf Zubehör und Ersatzansprüche – § 2164 BGB	99
a) Normzweck	99
b) Tatbestand	99
c) Rechtsfolge	99
7. Belastungen – § 2165 BGB	100
a) Normzweck	100
b) Tatbestand und Rechtsfolge	100
8. Belastung mit einer Hypothek – § 2166 BGB	101

Inhaltsverzeichnis

	Seite
a) Normzweck	102
b) Tatbestand und Rechtsfolge	102
9. Belastung mit einer Gesamthypothek – § 2167 BGB	103
10. Belastung mit einer Gesamtgrundschuld – § 2168 BGB	104
11. Anwendung auf Schiffe, Schiffsbauwerke und Schiffshypotheken – § 2168 a BGB	105
12. Vermächtnis fremder Gegenstände – § 2169 BGB	105
a) Normzweck	105
b) Tatbestand und Rechtsfolge	106
13. Verbindung, Vermischung, Vermengung der vermachten Sache – § 2172 BGB	108
a) Normzweck	108
b) Tatbestand und Rechtsfolge	108
14. Forderungsvermächtnis – § 2173 BGB	109
a) Normzweck	109
b) Tatbestand und Rechtsfolge	109
15. Fälligkeit bei Beliebigkeit § 2181 BGB	110
16. Haftung für Rechtsmängel – § 2182 BGB	111
a) Normzweck	111
b) Tatbestand und Rechtsfolge	112
17. Kürzungen der Beschwerungen – 2188 BGB	113
XI. Verhältnis von Auflage und Zuwendung – § 2195 BGB	113
XII. Gesetzliche Auslegungsregeln bei Testamentsvollstreckung	114
1. Beschränkung des Rechts des Testamentsvollstreckers, Ausführung durch den Erben – § 2208 BGB	114
a) §114 2208 Abs. 1 BGB	114
b) § 2208 Abs. 2 BGB	115
2. Dauervollstreckung – § 2209 BGB	115
3. Vergütung des Testamentsvollstreckers – § 2221 BGB	116
XIII. Gesetzliche Auslegungsregeln zum Ehegattentestament	117
1. Gegenseitige Einsetzung – § 2269 BGB	117
2. Wechselbeziehliche Verfügungen – § 2270 BGB	118
XIV. Gesetzliche Auslegungsregeln im Pflichtteilsrecht	118
1. Zuwendung des Pflichtteils – § 2304 BGB	118
a) Normzweck	118
b) Tatbestand	118
c) Rechtsfolge	119
2. Pflichtteilstlast des an die Stelle des Pflichtteilsberechtigten getretenen Erben – § 2320 Abs. 2 BGB	119
a) Tatbestand	119
b) Rechtsfolge	120
§ 4 Abgrenzung Testament zu bloßem Entwurf	120
I. Testierwille	120
II. Abgrenzungskriterien	121
III. Brief als Testament	124
IV. Feststellungs- und Beweislast	125
§ 5 Abgrenzung Erbe zu Vermächtnis und zu Auflage	126
I. Praxisrelevanz	126
II. Rechtliche Unterschiede	127
1. Erwerb	127
2. Optionen bei Anspruchsumfang	128
3. Verbindlichkeiten	128
4. Auseinandersetzung der Erbgemeinschaft	129

Inhaltsverzeichnis

	Seite
5. Rechtslage vor dem Erbfall	129
6. Höchstpersönlich	129
III. Formulierungsbeispiele	129
1. Erbeinsetzung	129
2. Vermächtnis	130
IV. Abgrenzungskriterien und Fallgruppen der individuellen Auslegung	130
1. Grundsätzliches	130
2. Maßgebender Zeitpunkt	131
3. Kriterien zugunsten einer Erbeinsetzung	131
4. Kriterien zugunsten einer Vermächtnisaussetzung	132
5. Zuwendung des wesentlichen Nachlasswertes (Hauptvermögen)	133
a) Grundsätzliches	133
b) Hauptvermögen	133
c) Zuwendung des Hauptvermögens an eine Person	134
d) Zuwendung des Hauptvermögens an mehrere Personen	134
6. Bereits lebzeitige Übertragung an letztwillig Begünstigten	137
7. Schwarzgeld	137
V. Optionen bei Zuwendung des Pflichtteils	138
VI. Feststellungs- und Beweislast	138
VII. Abgrenzung zur Auflage	138
1. Praxisrelevanz	138
2. Rechtliche Hintergründe	139
a) Begriff und rechtliche Wirkung	139
b) Abmilderung des Höchstpersönlichkeitsgrundsatzes und gerichtliche Kontrolle	139
c) Durchsetzung bzw. Vollziehung	139
d) Gegenstand	140
e) Abgrenzung zur Erbeinsetzung	140
f) Abgrenzung zum unverbindlichen Wunsch und zur Bedingung	140
3. Abgrenzungskriterien	140
a) Gegen eine Auflage	140
b) Zugunsten einer Auflage	141
§ 6 Abgrenzung Teilungsanordnung zu Vorausvermächtnis	142
I. Praxisrelevanz	142
II. Rechtliche Unterschiede	143
1. Grundsätzliches	143
2. Erwerb	143
3. Ausschlagung	143
4. Bindungswirkung	143
5. Beschwerungen	144
6. Haftung und Insolvenz	144
III. Formulierungsbeispiele	144
IV. Prüfungsreihenfolge und Abgrenzungskriterien	145
1. Grundsätzliche Vorgehensweise	145
2. Ausnahmen	147
a) Unabhängiger Berufungsgrund	147
b) Zusätzliche Begünstigung	148
3. Übernahmerecht	148
V. Feststellungs- und Beweislast	149
§ 7 Abgrenzungsfälle bei einem im Nachlass nicht (mehr) vorhandenen Vermächtnisgegenstand	149
I. Praxisrelevanz	149
II. Rechtliche Grundlagen	150

Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Abgrenzungsfall bei untergegangenem bzw. entzogenem Vermächtnisgegenstand	150
IV. Abgrenzungsfall bei veräußertem Vermächtnisgegenstand	151
1. Grundsätzliches	151
2. Formulierungsbeispiele	151
3. Abgrenzungskriterien	152
V. Abgrenzungsfall bei altersbedingt ausgetauschtem Vermächtnisgegenstand	153
1. Grundsätzliches und Formulierungsbeispiele	153
2. Auslegung bei genauer Bezeichnung	153
3. Auslegung bei pauschaler Bezeichnung	154
VI. Abgrenzungsfall bei vermachtem Sparbuch nach veränderter Guthabenhöhe bzw. nach Neuanlage	154
VII. Abgrenzungskriterien zugunsten eines Verschaffungsvermächtnisses	156
1. Grundsätzliches und Formulierungsbeispiele	156
2. Abgrenzungskriterien	157
 § 8 Abgrenzungsfälle bei der Vor- und Nacherbfolge und bei Nießbrauch	 158
I. Praxisrelevanz	159
II. Rechtliche Hintergründe	159
1. Grundsätzliches	159
2. Rechtsposition des Vorerben	159
3. Rechtsposition des Nacherben	160
III. Formulierungsbeispiele	160
IV. Abgrenzung zu anderen Rechtsinstituten	161
1. Grundsätzliches	161
2. Abgrenzung zum Nießbrauchsvermächtnis	163
3. Abgrenzung zur Ersatzerbschaft	165
4. Abgrenzung zur Testamentsvollstreckung	166
5. Abgrenzung zu einem unverbindlichen Wunsch	166
V. Auslegung bei gegenständlich angeordneter Nacherbfolge	166
VI. Umfang einer etwaigen Befreiung des Vorerben	166
1. Anordnung durch letztwillige Verfügung	166
2. Umfang der Befreiung	167
3. Abgrenzungskriterien	167
a) Grundsätzliches	167
b) Befreiung	168
c) keine Befreiung	169
4. Sonderfall nachlasszugehörige Immobilien	169
5. Anknüpfung des Nacherbfalls an Bedingungen	169
6. Beweislast	170
 § 9 Abgrenzungsfälle bei der Erbeinsetzung von Abkömmlingen	 170
I. Praxisrelevanz	170
II. Rechtliche Hintergründe	171
1. Gesetzliche Erbfolge	171
2. Gesetzliches Erbrecht nichtehelicher Kinder	171
a) Grundsätzliches	171
b) Rechtslage für vor dem 1. 7. 1949 Geborene	171
c) Rechtslage für Erbfälle zwischen 1. 7. 1970 und 31. 3. 1998	171
3. Gesetzliches Erbrecht adoptierter Kinder	171
a) Grundsätzliches	171
b) Rechtslage bei Adoptionen vor dem 1. 1. 1977	172
c) Volljährigenadoption	172

Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Formulierungsbeispiele	172
IV. Abgrenzungskriterien bei der Erbeinsetzung der „Kinder“	172
1. Der Begriff „Kinder“	172
2. Adoptierte Kinder	173
a) Kriterien zugunsten einer Erbenstellung	173
b) Kriterien gegen eine Erbenstellung	174
c) Adoptierte als bestimmte Ersatzerben	174
V. Abgrenzungsfall bei Erbeinsetzung der „Abkömmlinge“ bzw. „Nachkommen“	175
1. Grundsätzliches	175
2. Geburt eines weiteren Kindes nach Testamentserrichtung	176
VI. Abgrenzungskriterien bei gleichzeitiger Erbeinsetzung von Kindern und Enkelkindern bzw. von Partnern und Kindern	176
VII. Feststellungs- und Beweislast	177
 § 10 Abgrenzungsfälle bei unterlassener, aber erforderlicher Ersatzerbeinsetzung ...	178
I. Praxisrelevanz	178
II. Rechtliche Hintergründe.....	179
III. Formulierungsbeispiele	179
IV. Widerlegung von § 2069 BGB	179
1. Anordnung von Ersatzerben	179
2. Verfügter Ausschluss des § 2069 BGB.....	180
3. Ausschlagung	180
a) Ohne Pflichtteilstigmachung	180
b) Nach Pflichtteilstigmachung.....	181
4. Bei Erb- bzw. Zuwendungsverzicht	182
5. Trotz Ersatzerbeinsetzung.....	182
6. Ersatzerbe kein Nacherbe	182
V. Abkömmlinge des Erben als Ersatzerben	183
1. Abkömmling als vorverstorbener Erbe.....	183
2. Nicht-Abkömmling als vorverstorbener Erbe.....	183
a) Keine analoge Anwendung des § 2069 BGB	183
b) Ergänzende Auslegung	183
VI. Wegfall eines Nacherben.....	186
1. Wegfall vor dem Erbfall.....	186
2. Wegfall zwischen dem Erbfall und dem Nacherbfall	186
 § 11 Abgrenzungsfälle zur Anordnung der Testamentsvollstreckung	186
I. Praxisrelevanz	187
II. Rechtliche Hintergründe.....	187
1. Grundsätzliches	187
2. Arten.....	187
3. Besonderheiten bei dem Ehegattentestament und Erbvertrag	188
III. Formulierungsbeispiele	188
IV. Abgrenzung der Anordnung der Testamentsvollstreckung zu anderen Rechtsinstituten	189
1. Grundsätzliches	189
2. Abzugrenzende Rechtsinstitute	190
V. Fragliches Fortbestehen der Testamentsvollstreckung nach Wegfall des namentlich bestimmten Testamentsvollstreckers	191
 § 12 Abgrenzung Potestativbedingung von unzulässiger Drittbestimmung	194
I. Praxisrelevanz	194
II. Rechtliche Hintergründe.....	195

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Erbenbestimmung als höchstpersönliche Entscheidung	195
2. Enge Ausnahmen in anderen Bereichen.....	196
III. Formulierungsbeispiele	196
IV. Abgrenzung zwischen zulässiger Potestativbedingung und unzulässiger Drittbestimmung	197
1. Keine Vertretung im Willen.....	197
2. Einsetzung einer bestimmten Person unter einer bestimmten Bedingung	198
3. Bedingte Erbeinsetzung aus einer zuvor festgelegten Personengruppe...	199
4. Bedingte Erbeinsetzung aus einer unbestimmten Personengruppe	200
5. Bezeichnung bzw. Bestimmung durch einen Dritten des Erben	201
§ 13 Wirkung von Verwirkungsklauseln	202
I. Praxisrelevanz	202
II. Rechtliche Hintergründe.....	203
III. Formulierungsbeispiele	205
IV. Abgrenzung hinsichtlich des die Sanktion auslösenden Verhaltens	205
1. Verwirkungsfall in objektiver Hinsicht	205
2. Verwirkungsfall in subjektiver Sicht.....	206
3. Rechtsfolgen erfolgreicher Angriffe.....	207
V. Ermittlung des statt des Zuwiderhandelnden Begünstigten.....	208
§ 14 Umdeutung	209
I. Praxisrelevanz	209
II. Rechtliche Hintergründe	210
III. (Vermeintliches) Ehegattentestament als Einzeltestament	211
1. Grundsätzliches	211
2. Umdeutung einseitiger Verfügungen	212
3. Umdeutung bei wechselbezüglichen Verfügungen durch die Rechtsprechung	214
4. Umdeutung von wechselbezüglichen Verfügungen nach der Literatur	216
a) Zulässigkeit	216
b) Lediglich gegenseitige Erbeinsetzung	216
c) Gegenseitige Erbeinsetzung und Dritten als Schlusserben	216
IV. Umdeutung einer letztwilligen Verfügung in eine andere letztwillige Verfügung	217
1. Umdeutung in ein Testament oder in einen Erbvertrag	217
2. Umdeutung einer einzelnen letztwilligen Anordnung	218
a) Verstoß gegen § 2302 BGB	218
b) Weitere Fälle	218
V. Umdeutung einer letztwilligen Verfügung in ein Rechtsgeschäft unter Lebenden	219
a) Unentgeltliche Begünstigung	219
b) Entgeltliche Begünstigung	219
VI. Umdeutung eines Rechtsgeschäfts unter Lebenden in eine letztwillige Verfügung	219
VII. Umdeutung in ein anderes lebzeitiges, erbrechtliches Geschäft	220
Teil 2. Auslegung von Ehegattentestamenten und Erbverträgen	
§ 15 Besonderheiten bei der Auslegung von Erbverträgen und Ehegattentestamenten	221
I. Grundsätzliches	221
II. Auslegung von wechselbezüglichen Verfügungen	222
III. Auslegung von vertragsmäßigen Verfügungen	222
IV. Möglichkeiten eines Testierenden	223

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 16 Abgrenzung zwischen Einzel- und Ehegattentestament	224
I. Praxisrelevanz	224
II. Rechtliche Hintergründe	225
III. Formulierungsbeispiele	226
IV. Abgrenzungskriterien	227
1. Anforderungen an den Errichtungszusammenhang	227
a) Grundsätzliches	227
b) Objektive Theorie	227
c) Subjektive Theorie	227
2. Kriterien bei separaten Testamenten	228
3. Sukzessive Errichtung	229
4. Ehegattentestamente nach Unterzeichnung des zweiten Ehegatten	230
V. Feststellungs- und Beweislast	230
§ 17 Abgrenzungsfälle zur Feststellung der Wechselbezüglichkeit und zu Änderungsklauseln	230
I. Praxisrelevanz	231
II. Rechtliche Hintergründe	232
1. Begriffsbestimmung	232
2. Auswirkungen der Bindungswirkung	233
3. Widerruf und Entfallen der Bindungswirkung	233
4. Rechtsfolgen der Nichtigkeit wechselbezüglicher Klauseln	234
III. Formulierungsbeispiele	234
IV. Abgrenzungskriterien	234
1. Grundsätzliches	234
2. Tatsächliche Vermutung	236
a) Grundsätzliches	236
b) Konstellation der direkten Erbinsetzung der Kinder	236
c) Konstellation des Berliner Testaments	237
d) Weitere Konstellation	237
e) Vor- und Nacherbschaft	238
3. Indizien zugunsten der Wechselbezüglichkeit	238
4. Indizien gegen die Wechselbezüglichkeit	239
5. Sonderfall der Einsetzung der gesetzlichen Verwandten bei kinderlosen Ehegatten	242
6. Nahestehende Person gem. § 2270 Abs. 2 BGB	242
V. Feststellungs- und Beweislast	243
VI. Änderungsklauseln	243
1. Aufgrund des Wortlautes	243
a) Grundsätzliches	243
b) Befugnis unmittelbar für eigene und mittelbar für Verfügungen des Erstversterbenden	244
c) Auswirkungen auf die Wechselbezüglichkeit	245
d) Ausübung der Änderungs- bzw. Aufhebungsbefugnis	246
e) Arten	246
2. Aufgrund einfacher Testamentsauslegung	248
3. Aufgrund ergänzender Testamentsauslegung	248
§ 18 Abgrenzungsfälle zur Feststellung der Vertragsmäßigkeit erbvertraglicher Verfügungen und zu Änderungsklauseln	250
I. Praxisrelevanz	250
II. Rechtliche Hintergründe	251
1. Begriffsbestimmung	251
2. Auswirkungen der Vertragsmäßigkeit von Verfügungen	251
III. Formulierungsbeispiele	252

Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Abgrenzungskriterien	253
1. Grundsätzliches	253
2. Interessenlage des Vertragspartners als maßgebliches Abgrenzungskriterium	253
a) Grundsätzliche Kriterien	253
b) Kriterien gegen die Vertragsmäßigkeit	255
c) Wortlaut	255
d) Gegenseitige Erbeinsetzung und Schlusserbeinsetzung von Verwandten	255
e) Änderungsklauseln	256
f) Rücktrittsrecht	257
g) Anwendung von § 2270 Abs. 2 BGB	257
h) Wechselbezüglichkeit vertragsmäßiger Verfügungen	257
V. Feststellungs- und Beweislast	257
VI. Änderungsklauseln	258
1. Zulässigkeit und Grenzen	258
2. Abgrenzung zum Rücktrittsvorbehalt	258
3. Form und Auslegung eines Änderungsvorbehaltes	259
 § 19 Rechtsfolgen einer Scheidung auf Ehegattentestamente (Aufrechterhaltungswille)	260
I. Praxisrelevanz	260
II. Rechtliche Hintergründe	260
1. Gesetzliche Vermutung	260
2. Entkräftigung der Aufrechterhaltung	262
3. Grundsätzliches	262
III. Formulierungsbeispiele	263
IV. Abgrenzungskriterien	263
V. Beweislast	267
 § 20 Abgrenzungsfälle beim Berliner Testament (Einheits- gegen Trennungslösung)	267
I. Praxisrelevanz	267
II. Rechtliche Hintergründe	267
1. Grundsätzliches	267
2. Rechtliche Unterschiede	268
III. Formulierungsbeispiele	269
IV. Abgrenzungskriterien	269
1. Grundsätzliches und maßgebliches Kriterium	269
2. Kriterien zugunsten der Einheitslösung	270
3. Kriterien zugunsten der Trennungslösung	271
4. Weitere Kriterien	271
V. Beweislast	272
 § 21 Abgrenzungsfälle zur Pflichtteilsstrafklausel sowie sich einer daraus ergebenden Schlusserbschaft	272
I. Praxisrelevanz	273
II. Rechtliche Hintergründe	274
III. Formulierungsbeispiele	274
IV. Auslösung der Pflichtteilsstrafklausel	275
1. Objektiver Tatbestand	275
a) Handelnde Person	275
b) Relevantes Verhalten	275
c) Zeitpunkt des sanktionsauslösenden Verhaltens	278

Inhaltsverzeichnis

	Seite
d) Besonderheiten bei der Geltendmachung durch einen Sozialhilfeträger	278
e) Besonderheiten bei einer Patchworkfamilie	279
2. Subjektiver Tatbestand	279
3. Geltendmachung im Einvernehmen mit dem Längerlebenden zwecks Steueroptimierung	279
V. Auslegungsfragen bei den Rechtsfolgen	280
1. Mittelbare Wechselbezüglichkeit der Pflichtteilsstrafklausel	280
2. Auswirkungen auf die Erben des Längerlebenden	281
VI. Konkludente Schlusserbeinsetzung durch Pflichtteilsklausel	282
1. Praxisrelevanz und Alternativen	282
2. Abgrenzungskriterien	282
a) Grundsätzliche Möglichkeit einer konkludenten Schlusserbeinsetzung	282
b) Grundsätzlich keine konkludente Schlusserbeinsetzung	283
c) Erforderliche individuelle Auslegung	284
d) Indizien zugunsten einer konkludenten Schlusserbeinsetzung	284
e) Indizien gegen eine konkludente Schlusserbeinsetzung.....	285
f) Besonderheit bei Patchworkfamilien	285
3. Feststellung der Wechselbezüglichkeit der Schlusserbeinsetzung	285
a) Enterbung	285
b) Schlusserben	286
4. Exkurs: Fehlende Alleinerbeinsetzung der Ehegatten beim Ehegattentestament	286
§ 22 Abgrenzungsfälle bei Wiederverheiratungsklauseln	287
I. Praxisrelevanz	287
II. Begriff der Wiederverheiratung	288
III. Keine Sittenwidrigkeit	288
IV. Trennungslösung	289
V. Einheitslösung	290
1. Mögliche Rechtskonstruktionen	290
2. Bloße Vor- und Nacherbschaft	291
3. Längerlebender als auflösend bedingter Vollerbe und aufschiebend bedingter Vorerbe	291
a) Grundsätzliches	291
b) Beschränkungen der Vorerbschaft	291
c) Längerlebender als befreiter Vorerbe	292
d) Rechtswirkungen des Todes des Längerlebenden	293
4. Längerlebender als zunächst unbeschränkter Vollerbe	293
VI. Vermächtnislösung	293
1. Grundsätzliches	293
2. Abgrenzung zwischen Vermächtnis und Vor- und Nacherbschaft	294
VII. Rechtsfolgen für die letztwilligen Verfügungen des Längerlebenden	294
1. Auswirkungen auf die Wechselbezüglichkeit	294
2. Anfechtung im Fall des Bestehens der erbrechtlichen Bindung	295
3. Schicksal der letztwilligen Verfügungen des Längerlebenden	295
§ 23 Abgrenzungsfälle bei Klauseln zum gleichzeitigen Versterben	296
I. Praxisrelevanz	296
II. Rechtliche Hintergründe	296
III. Formulierungsbeispiele	297
IV. Abgrenzungskriterien bei der Klausel „gleichzeitiges Versterben“	298
V. Abgrenzungskriterien bei individuellen Klauseln	300

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Teil 3. Die Anfechtung letztwilliger Verfügungen	
§ 24 Optionen bei Irrtümern für die anwaltliche Beratungssituation	303
I. Verhältnis zur Auslegung	303
II. Verhältnis zu den Vorschriften des Allgemeinen Teils	304
III. Anfechtungsgegenstand	304
§ 25 Anfechtung wegen Inhalts- und Erklärungssirrtums	304
I. Inhalts- und Erklärungssirrturn	305
1. Erklärungssirrturn	305
2. Inhaltsirrturn	305
§ 26 Anfechtung wegen Motivirrtums	306
I. Überblick	306
II. Anfechtungsgründe	307
III. Unbewusste Vorstellungen	309
IV. Beweislast	310
§ 27 Anfechtung wegen Drohung	310
§ 28 Anfechtung wegen Übergehung Pflichtteilsberechtigter	311
I. Überblick	311
II. Anfechtungsgrund	311
1. Vorhandensein eines Pflichtteilsberechtigten	311
2. Übergehen	311
III. Wirkung der Anfechtung	313
§ 29 Weitere Voraussetzungen und das Verfahren der Anfechtung	314
I. Ursachenzusammenhang zwischen Irrtum und letztwilliger Verfügung	314
1. Überblick	314
2. Bestätigung	315
3. „Geflissentliches Stehenlassen“	315
II. Beweis- bzw. Feststellungslast	316
1. Anfechtungsgründe des § 2078 BGB	316
2. Anfechtungsgrund des § 2079 BGB	316
III. Anfechtungsberechtigter	317
1. Dritte bei einseitigen Verfügungen	317
2. Der Erblasser beim Erbvertrag, § 2281 BGB	318
3. Dritte beim Erbvertrag, §§ 280 Abs. 1, 2285 BGB	319
IV. Anfechtungsrecht	320
V. Die Anfechtungserklärung	320
1. Adressat der Anfechtungserklärung	320
2. Die örtliche Zuständigkeit des Nachlassgerichts	321
3. Die internationale Zuständigkeit	322
4. Die Form der Anfechtungserklärung	322
5. Weiteres Verfahren	323
a) Prüfungskompetenz des Nachlassgerichts	323
b) Das amtliche Erbenermittlungsverfahren	324
c) Fazit	325
6. Rücknahme der Anfechtungserklärung	325
7. Kosten	325
VI. Die Anfechtungsfrist	325
1. Fristbeginn (Kenntnis der anfechtungsbegründenden Tatsachen)	325
2. Der Fristlauf	326
3. Die Anfechtbarkeitseinrede	326

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 30 Wirkung der erfolgreichen Anfechtung bei Einzeltestamenten	327
I. Anfechtung nach § 2078 BGB	327
II. Anfechtung nach § 2079 BGB	328
III. Anfechtung des gegenseitigen Erbvertrags	328
IV. Sonderfälle	328
1. Anfechtung des Vermächtnisnehmers	328
2. Anfechtung des Widerrufs	328
§ 31 Besonderheiten bei der Anfechtung von Ehegattentestamenten und Erbverträgen	328
I. Erbverträge	329
1. Form der Anfechtung	329
2. Frist	329
3. Anfechtungsgegenstand	329
4. Anfechtungsgründe	329
II. Gemeinschaftliche Testamente	330
1. Überblick	330
2. Anfechtungsadressat	331
III. Wirkung der Anfechtung	331
§ 32 Die Erbunwürdigkeitsklage	332
I. Überblick	332
II. Die Erbunwürdigkeitsgründe	333
1. (Versuchte) Tötung des Erblassers	333
2. Herbeiführung der Testierunfähigkeit	333
3. Verhinderung der Errichtung oder Aufhebung einer letztwilligen Verfügung	334
4. Täuschung und Drohung	334
5. Urkundsdelikte	335
6. Ausnahmetatbestände	335
III. Die prozessuale Geltendmachung	335
1. Anfechtungsklage	335
2. Frist zur Anfechtung	336
a) Jahresfrist	336
b) Hemmung der Frist	336
c) Ausschluss der Anfechtung	337
3. Streitwert	337
4. Beweislast	337
5. Verhältnis zur Anfechtung	337
§ 33 Anfechtung der Annahme bzw. Ausschlagung der Erbschaft	337
I. Die Form der Anfechtung	338
II. Die Anfechtungsfrist	338
III. Anfechtungsgründe	339
1. Erklärungs- oder Inhaltsirrtum, § 119 Abs. 1 BGB	339
2. Irrtum über eine verkehrswesentliche Eigenschaft, § 119 Abs. 2 BGB ..	339
IV. Anfechtung der Fristversäumung	339
V. Kosten	339
Teil 4. Internationales Erbrecht	
§ 34 Die Ermittlung des anwendbaren Erbrechts	341
I. Staatsvertragliche Regelungen	343
1. Das deutsch-iranische Niederlassungsabkommen	343
2. Der deutsch-türkische Konsularvertrag	343
3. Der deutsch-sowjetische Konsularvertrag	344

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Das Staatsangehörigkeitsprinzip, Art. 25 EGBGB	344
III. Gesamtverweisung	345
IV. Sonderstatut	346
V. Unteranknüpfung bei Mehrrechtsstaaten	347
VI. Rechtswahl	348
1. Beschränkte Rechtswahl	348
2. Form der Rechtswahl	348
3. Folgen einer zulässigen Rechtswahl (Sachnormverweisung)	348
4. Teilrechtswahl	349
5. Widerruflichkeit der Rechtswahl	349
6. Rechtswahl kraft ausländischen Kollisionsrechts	350
VII. Umfang des Erbstatuts	350
1. Reichweite	350
2. Hypothetisches Erbstatut	351
3. Vorfragen	351
VIII. Form der letztwilligen Verfügung	352
1. Allgemeines	352
2. Verhältnis Art. 26 EGBGB zum Haager Testamentsübereinkommen ...	352
3. Anwendungsbereich des HTU und des Art. 26 EGBGB	352
4. Das gemeinschaftliche Testament	352
5. Erbvertrag	354
6. Anknüpfungstatbestände	354
IX. Verhältnis zum Güterrecht	354
1. Allgemeines	354
2. Ermittlung des anwendbaren Güterrechts	355
3. Sonderregelung für Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler	355
4. Rechtswahl	356
5. Die Einordnung des § 1371 BGB	356
X. Ordre public, Art. 6 EGBGB	357
§ 35 Die Internationale Zuständigkeit	358
I. Ableitung von der örtlichen Zuständigkeit	358
II. Möglichkeit der gegenständlichen Beschränkung	359
III. Entgegennahme von Ausschlagungs- und Anfechtungserklärungen	360

Teil 5. Außergerichtliche und gerichtliche Verfahrensfragen

§ 36 Strategische Vorüberlegungen aufgrund der Mandatssituation	361
§ 37 Außergerichtlicher Vergleich einschließlich Auswirkungen auf das gerichtliche Verfahren	361
§ 38 Gerichtliche Entscheidung im Erbscheinsverfahren	362
I. Begriff und Wesen des Erbscheins	364
II. Wirkung	364
1. Vermutungswirkung	364
2. Öffentlicher Glaube	364
III. Antrag	365
1. Zuständiges Gericht	365
2. Form	365
3. Inhalt	366
4. Antragsberechtigung	366
5. Erforderliche Erklärungen und Nachweise	367
6. Eventualantrag	367
IV. Verfahren	367

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Sachverhaltsermittlung	367
2. Beweis-/Feststellungslast	368
V. Feststellungsbeschluss/Aussetzung der sofortigen Wirksamkeit	368
1. Zurückweisung des Antrags	369
2. Die (tatsächliche) Erteilung des Erbscheins	369
VI. Die verschiedenen Arten des Erbscheins	369
1. Alleinerbschein, § 2353 1. Alt. BGB	369
2. Der gemeinschaftliche Erbschein, § 2357 BGB	369
3. Teilerbschein, § 2353 2. Alt. BGB	369
4. Der gemeinschaftliche Teilerbschein	370
5. Der Erbschein über mehrere Erbfälle (Sammelerbschein)	370
VII. Die Einziehung des Erbscheins, § 2361 BGB	370
1. Voraussetzungen der Einziehung	371
2. Ablehnung der Einziehung	372
3. Die Einziehungsanordnung (der Einziehungsbeschluss)	372
4. Die tatsächliche Einziehung	373
VIII. Die Kraftloserklärung, § 353 Abs. 3 FamFG, § 2361 Abs. 2 BGB	373
1. Beschluss	373
2. Zustellung	373
3. Vollzug	374
IX. Einstweiliger Rechtsschutz	374
1. Einstweilige Anordnung im FamFG-Verfahren	374
2. Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gem. § 2362 BGB, § 935 ZPO	374
X. Rechtsmittel im Erbscheinsverfahren	374
1. Entscheidungen des Richters	375
2. Entscheidungen des Rechtspflegers	375
3. Zulässigkeit der Beschwerde	375
XI. Gebühren	377
§ 39 Gerichtliche Entscheidung im Zivilprozess	378
I. Die Erbenfeststellungsklage	378
1. Zuständigkeit	379
2. Streitwert	379
3. Beweislast	379
4. Verjährung	379
5. Berufung auf eine Anfechtung des Testaments	379
6. Formulierungsbeispiel	380
7. Herausgabeklage	380
8. Stufenklage	381
9. Einstweilige Verfügung	381
10. Der Vergleich im Feststellungsverfahren	381
II. Die Herausgabeklage nach § 2018 BGB	381
1. Überblick	381
2. Anspruchsberechtigung und Anspruchsverpflichtung	382
3. Zuständigkeit	382
4. Klageantrag	382
5. Beweislast	382
6. Auskunftsanspruch	382
7. Formulierungsvorschlag: Klageantrag „isolierte Herausgabeklage“	383
8. Feststellungsklage	383
9. Stufenklage	383
10. Einstweilige Verfügung	383
Sachverzeichnis	385